

ÖFFENTLICHES LEBEN

7

Die soziale Forderung der Stunde

von

FRANZ OPPENHEIMER



DER NEUE GEIST-VERLAG-LEIPZIG

Die soziale Forderung der Stunde

Gedanken und Vorschläge

von

FRANZ OPPENHEIMER

1919

DER NEUE GEIST · VERLAG · LEIPZIG

Copyright 1919 Der Neue Geist · Verlag · Leipzig

Druck von E. Haberland in Leipzig

335.5
Op 6s

I.

Noch einmal wende ich mich an die geistigen Führer der deutschen Arbeiterschaft. Die Zeit ist von so furchtbarem, so unmittelbar drohendem Ernst, daß jeder, der etwas zu ihren großen Problemen zu sagen hat, den Versuch machen muß, gehört zu werden, und daß alle, die es angeht, — und es geht alle an —, verpflichtet sind, ihre Anschauungen auch dort einer nochmaligen ausdrücklichen Prüfung zu unterwerfen, wo sie sie völlig gesichert, jedem Zweifel entzogen glauben.

Ich spreche als Sozialist zu gebildeten Sozialisten und brauche daher kein Wort an die Apologetik der bürgerlichen Theoretiker zu verschwenden. Kein Zweifel, daß alle unsere Nöte aus einer zentralen Wurzel stammen: *aus dem Mehrwert* — dem arbeitslosen Einkommen: Profit und Grundrente. Dieses eine und einzige Problem schließt alle übrigen Fragen unserer Gegenwart ein: die der Wirtschaftspolitik und der Staatspolitik, der inneren und der äußeren. *Denn mit dem Mehrwert verschwinden die Klassen,* und mit dem Klassenverhältnis all die Reibungsflächen, an denen sich der Kampf der Klassen im Inneren der Staaten und zwischen den leitenden Klassen der verschiedenen Staaten immer wieder aufs neue entzündet hat, bis zu der ungeheuren Katastrophe, in der wir jetzt stehen.

Das Ziel des Strebens, die Rettung der Menschheit, kann daher nur sein *die vom Mehrwert befreite und daher klassenlose Gesellschaft der Zukunft: der Sozialismus.*

Dieses Problem des Mehrwerts oder des Sozialismus ist aber — auch darüber kann zwischen Sozialisten keine Andeutung eines Streites bestehen — zu allererst ein *theoretisches* Problem. Nur ein „wissenschaftlicher Sozialismus“ im Sinne von Marx kommt in Frage, d. h. eine Theorie, die ihn „mittels des Kopfes aus den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Ge-

sellschaft selbst ableitet"; jeder „utopische" Sozialismus, der ihn „aus dem Kopfe erfindet", ist von vornherein abzuweisen.

Darum muß alle Untersuchung bei dem *Wert* beginnen, dem Oberbegriff, von dem der Mehrwert nur einen Unterbegriff darstellt. Wir können nicht wissen, was Mehrwert ist, ehe wir nicht wissen, was Wert ist. Das hat niemand früher und klarer erkannt, als unser aller Meister KARL MARX.

Beginnen wir also gleich ihm mit der Betrachtung des Getriebes, in dem der Wert sich bildet, des *Marktes.*

II.

Den Anfang aller Erklärung hat eine vollständige *Beschreibung* zu bilden. Wir dürfen uns nicht davor scheuen, allbekannte Dinge zu wiederholen, wenn wir, auf der Tabula rasa der unvoreingenommenen frischen Anschauung ganz neu aufbauen wollen. Wie ist also der Markt beschaffen? Was und wie ist er?

„Der" Markt — nicht etwa „ein" Markt. Wir dürfen uns nicht an einen Markt anklammern und seine besonderen Erscheinungen studieren, sondern wir haben vorerst nur das zu betrachten, was *allen* Märkten gemeinsam ist.

Auf allen Märkten bringen Privatpersonen gewisse Dinge zum Verkauf, über die sie die rechtliche Verfügung haben: Güter, Dienstleistungen, Grundstücke, Effekten aller Art, Rechte, wie z. B. Patente, Gebrauchsmuster, eingetragene Firmen, Miets- und Pachtrechte u.s.w. Je nach dem Gegenstand, der zum Verkauf gebracht wird, unterscheiden wir den Markt der Güter, der Dienste (Arbeitsmarkt), der Effekten (Fondsbörsen), den Markt der Grundstücke, der Wohnungen, der Pachtungen u.s.w. Alle diese Märkte stehen in offener Kommunikation mit einander: man kann für Güter: Dienste und „Rechte und Verhältnisse", für Dienste: Güter, Rechte und Verhältnisse, und vice versa eintauschen. Die sämtlichen Märkte bilden also „den" Markt.

Wir bedürfen eines Ausdrucks, der alle Gegenstände des Marktverkehrs zusammenfaßt. Der kaufmännische Sprachgebrauch nennt sie sämtlich „Waren": der Börsenmann erklärt den Preissturz eines Papiers genau so wie der Industrielle den eines Gutes damit, daß mehr „Ware" auf den Markt gebracht wurde, als die Nachfrage aufnehmen wollte oder konnte; und

sogar auf dem Arbeitsmarkte kann man den Ausdruck öfter vernehmen. Da aber MARX unter „Ware" nur die auf dem Markte befindlichen *Güter* verstand, wollen wir einen neutralen Ausdruck wählen: nennen wir das, was auf allen Märkten zum Verkauf gestellt wird, „Wertdinge".

Alle Wertdinge, die auf einem Markte zum Verkauf kommen, erzielen einen *„Preis"*, auf höherer Gesellschaftsstufe einen in Geld gezahlten oder doch ausgedrückten Preis. Und zwar schwanken ihre Preise nach oben, wenn die Nachfrage das Angebot, und nach unten, wenn das Angebot die Nachfrage überwiegt. Wir können seit STUART MILL den Punkt, auf den der Marktpreis sich einstellt, in recht genauer Formel angeben, die seitdem noch verfeinert worden ist. Sie interessiert uns hier nicht weiter.

Wenn wir den Markt nicht mehr in einem gegebenen Augenblick, sondern in seinem zeitlichen Zusammenhang betrachten, so erkennen wir, daß die Preise um gewisse Mittelpunkte schwanken, die man früher als „Werte" oder „Tauschwerte" bezeichnete. Es sind das die Preise auf die Dauer und im Durchschnitt; diejenigen, auf die der Markt hin „tendiert", oder, präziser ausgedrückt: die Punkte, auf die sich alle Marktpreise einstellen würden, wenn die Konkurrenz ihren Beharrungszustand erreicht hätte, weil kein Produzent Ursache hätte, den geltenden Preis zu unterbieten, und kein Konsument, ihn zu überbieten.

Wo liegt dieser Tauschwert „jeder Ware für sich"?

Das ist das nationalökonomische Problem von der Höhe des Wertes.[1]

Die Beobachtung des Marktes zeigt uns, daß es zwei verschiedene und von jeher unterschiedene Arten des Tauschwertes gibt. Die eine Klasse ist die der sogenannten „beliebig reproduzierbaren Waren", d. h. derjenigen, bei deren Produktion völlig freie Konkurrenz besteht oder, mit anderen Worten, die jedermann erzeugen, beziehungsweise zu Markte bringen *kann* und *darf*, der es will, weil ihm der Marktpreis Vorteil verspricht. Die andere Klasse ist die der Monopoldinge, d. h. diejenigen, bei deren Produktion *nicht* völlige freie Konkurrenz besteht, oder,

---

[1] Es gibt noch ein zweites Wertproblem, das von der *Ursache* des Wertes. Es unterliegt der Untersuchung durch die Psychologie. Die Ökonomik nimmt als gegeben an, daß gewisse Dinge „Wert haben".

mit anderen Worten, die nicht jedermann zu Markte bringen kann oder darf, der es wollte. Wenn er es nicht *kann*, besteht ein sogenanntes natürliches, wenn er es nicht *darf*, ein rechtliches Monopol.

Der Tauschwert der ersten Klasse wird lediglich bestimmt durch die insgesamt aufgewendete *Arbeit, gemessen an der Zeit*, wobei qualifizierte Arbeit auf gesellschaftlich durchschnittliche Arbeit reduziert wird. Hier war die MARXsche Formulierung grundsätzlich durchaus richtig, wenn sie auch in ihrer Begründung und Ausgestaltung einige schwache Punkte aufwies, gegen die die Gegner, namentlich die Grenznutzentheoretiker, ihre Angriffe gerichtet haben.[1]

Es bleibt also bei der RICARDO-MARXschen grundsätzlichen Formel: Wo Produzenten von gleicher Qualifikation ihre Produkte austauschen, da tauscht sich Arbeitszeit gegen Arbeitszeit, Stunde gegen Stunde, Tag gegen Tag. Und wo Produzenten von ungleicher Qualifikation ihre Produkte austauschen, da tauscht sich eine Stunde gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeit nach einem uns hier nicht weiter interessierenden gesellschaftlichen Maßstab gegen weniger als eine Stunde höherer „komplizierter" Arbeit. Hier liegt kein drängendes Problem vor.

Anders stellt sich der „Preis" der Monopoldinge auf die Dauer und im Durchschnitt ein, und zwar regelmäßig höher. Man kann das an einem Patentartikel, also einem rechtlichen Monopolgut, ohne weiteres betrachten. Solange das Patent läuft, darf sich niemand als der Privilegierte und seine Lizenzträger an der Produktion beteiligen, und darum wirft der Verkauf erfolgreicher Patentartikel regelmäßig Übergewinne, Surplusgewinne ab; mit dem Augenblick, wo das Privileg erlischt, setzt die Konkurrenz ein, das Angebot steigt, der Preis sinkt, und der Surplusgewinn verschwindet.

Bei monopolisierten Wertdingen steht der Preis mithin auch auf die Dauer und im Durchschnitt, d. h. solange das Monopol besteht, auf einem höheren Punkt als demjenigen, der durch die aufgewendete Arbeit beziehungsweise die auf durchschnittliche reduzierte Arbeitszeit bestimmt wird.

Darin liegt grundsätzlich nicht die mindeste Schwierigkeit. Aber praktisch ist es oft schwer, und zuweilen unmöglich, von

---

[1] Vgl. mein „Wert und Kapitalprofit", Jena 1916.

einem gegebenen Preise auszusagen, ob er ein „natürlicher Preis“ der vollen Konkurrenz oder ein „Monopolpreis“ der irgend wie beschränkten oder völlig aufgehobenen Konkurrenz ist. Jedenfalls muß jede Untersuchung irgend eines Preises, sei es der eines Gutes, eines Dienstes, oder eines Rechtes oder Verhältnisses, mit der Frage beginnen, ob es sich um einen Konkurrenz- oder einen Monopolpreis handelt. Wer die Frage nicht stellt, hat keinerlei Gewißheit, zu einer richtigen Allgemeinauffassung zu gelangen, aber alle Aussicht, in die Irre zu gehen.

Fragen wir nun wieder, was geschieht, wenn im Beharrungszustande der Konkurrenz — in der „Statik des Marktes“ sagt die neuere Ökonomik — sich ein monopolisiertes Ding gegen ein beliebig reproduzierbares Ding tauscht. Dann tauscht sich offenbar auch in dem Falle, daß Produzenten gleicher Qualifikation einander gegenüberstehen, *nicht* Arbeitszeit gegen Arbeitszeit; sondern der Monopolist gibt weniger Stunden hin, als er erhält. Und das heißt, von der anderen Seite her gesehen, daß sein Kontrahent *mehr Stunden hingibt, als er empfängt.*

Damit haben wir, wenn auch vielleicht nicht „die“, so doch jedenfalls „eine“ Erklärung *des gesellschaftlichen Mehrwerts* entdeckt, und zwar eine, die MARX’ suchendem Blicke entgangen ist.[1] Das Problem des Mehrwerts lautet ja in seiner Anschauung von Seiten der Arbeiterklasse her folgendermaßen: „Wie ist es möglich, daß der Arbeiter für sage zehn Stunden gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeit nur sage fünf Stunden im Lohn zurückerhält, oder: daß er für zehn Stunden Arbeit einen Lohn erhält, mit dem er nur Waren einkaufen kann, in denen fünf Stunden anderer durchschnittlicher Arbeit verkörpert sind?“ Das *könnte* wenigstens die Folge davon sein, daß der Kapitalist dem Arbeiter als ein Monopolist gegenüber-

---

[1] „Man mag sich drehen und wenden wie man will, das Fazit bleibt dasselbe. Werden Äquivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert, und werden Nicht-Äquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert.“ (MARX, a. a. O. S. 126.) MARX hat vergessen zu fragen, was geschieht, wenn *ein Teil* der Warenbesitzer, die Monopolisten, einen Aufschlag auf den natürlichen Preis nehmen kann oder darf, ein anderer Teil, die Nicht-Monopolisten, aber nicht. Vgl. unten die MARXschen Sätze auf S. 12.

steht, oder, anders ausgedrückt, daß zwischen ihnen ein gesellschaftliches Monopolverhältnis besteht. Wenn wir ein solches nachweisen können, ist unsere theoretische Aufgabe völlig gelöst; wenn wir es nicht nachweisen können, müssen wir den Versuch machen, eine zweite Quelle des Mehrwerts aufzufinden.

III.

Besteht zwischen Arbeitern und Kapitalisten ein gesellschaftliches Klassenverhältnis, das als Monopolverhältnis charakterisiert ist?

Daß ein gesellschaftliches Klassenverhältnis zwischen ihnen besteht, hat wieder KARL MARX als erster erkannt und ohne Zweideutigkeit ausgesprochen. „Ein Neger ist ein Neger: in bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen; nur unter bestimmten Verhältnissen wird sie zu Kapital“[1], d. h. „zu Mehrwert heckendem Wert“. So drückt er sich aus und beschreibt dann dieses *„gesellschaftliche Kapitalverhältnis“* wie folgt: Wo am einen Pol der gesellschaftlichen Stufenleiter sich alle Produktionsmittel im Eigentum einer Minderheit befinden, während am andern Pol sich „der freie Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfindet, frei in dem Doppelsinne, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andererseits andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen“.[2]

Ist dieses von MARX beschriebene „gesellschaftliche Kapitalverhältnis“ ein gesellschaftliches Monopolverhältnis? Unzweifelhaft! Nur weil der Arbeiter „frei“ ist, weil er keine Sachen hat, um seine Arbeitskraft im eigenen Interesse als Selbständiger zu verwirklichen, weil die „Hungerpeitsche“ über ihm schwebt, nur deshalb ist er gezwungen, sich einem der Kapitalisten gegen einen Lohn zu verdingen, der jenem einen Mehrwert übrigläßt: Wir haben also hier die „einseitige Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses“, die alle Monopolverhältnisse, individuelle und gesellschaftliche, charakterisiert. Wenn aber noch ein Zweifel bestehen sollte, so mag ihn das Erfurter Programm zerstreuen.

[1] a. a. O. S. 731.
[2] a. a. O. S. 131.

Hier steht in den ersten beiden Absätzen wörtlich: „... indes die Produktionsmittel *das Monopol* einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. Hand in Hand mit dieser *Monopolisierung* der Produktionsmittel...“ Diese Sätze dürften gegenüber marxistischen Sozialisten, zu denen ich hier spreche, ein starkes argumentum ad hominem bedeuten.

Freilich: man hat aus der in diesen programmatischen Sätzen ausgesprochenen Erkenntnis keine Folgerungen gezogen; das Wort „Monopol“ ist hier rein schlagwortmäßig gebraucht: wie Marx selbst haben seine Nachfolger und Schüler den Monopolbegriff niemals genauer untersucht und niemals mit dem des Mehrwerts in die zureichende Verbindung gebracht, die wir soeben skizziert haben. Und so blieb dem Fortbildner der marxischen Theorie hier, nur hier, die ganze Arbeit zu leisten.

Die Hauptfrage war hier, wie bei jedem Monopol, die nach seinem *sachlichen Substrat.*

Ein Monopolverhältnis ist, um einen wahrhaft klassischen Ausdruck Marxens anzuwenden, ein „durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen“. Der Monopolist muß über eine „Sache“, über irgend ein Wertding, rechtlich oder faktisch verfügen, dessen der Kontrahent dringender bedarf als der Monopolist des angebotenen Gegenwertes. Diese Sache spielt lediglich die Rolle des Hypomochlion, des Widerlagers, bei der Hebelwirkung; es muß vorhanden sein, aber die *Höhe* des Monopolgewinns, des Mehrwerts, hängt von nichts anderem ab als von der Länge der Hebelarme, d. h. von dem Maße, in dem das Austauschbedürfnis des Kontrahenten das des Monopolisten überwiegt. Der Monopolgewinn ist, nach Adam Smith, „immer so hoch, wie er irgend erpreßt werden kann“.

Was ist die Sache, die das gesellschaftliche Monopolverhältnis vermittelt?

Der erste Gedanke ist naturgemäß der, daß es das „Kapital“ in seinem „volkswirtschaftlichen Sinne“ sei, also die produzierten Produktionsmittel. Er muß abgewiesen werden: denn diese Produktionsmittel sind „beliebig reproduzierbar“, können also auf die Dauer nicht als Substrat eines Monopolverhältnisses funktionieren. Das sachliche Substrat muß also an anderer Stelle gefunden oder der Gedanke aufgegeben werden, daß das Kapitalverhältnis ein echtes Monopolverhältnis sei.

Auf die Spur des wahren Sachverhalts brachte mich bereits

in meiner ersten Arbeit von 1896 die in allen kapitalistischen Ländern gleiche Tatsache der *Wanderung*, die sich durch alle Jahrzehnte der Beobachtung hindurch mit dem seltensten „statistischen Eigensinn“ durchgesetzt hat: Überall ist die Fortwanderung vom Großgrundbesitzbezirke ungeheuer viel stärker als vom Bauernbezirke, trotzdem der letztere — eben dank der geringeren Wanderung — viel stärker besiedelt ist als der erstere. Überall in der kapitalistischen Welt verarmt das Großgrundeigentum an Bewohnerschaft, während die Bauernbezirke um so stärker zunehmen, je kleiner und gleichmäßiger verteilt der Besitz ist. Die Bodengüte, die Betriebsrichtung und vor allem die technische, die „kapitalistische“ Ausstattung sind offenbar nur kleine Nebenursachen neben der entscheidenden Hauptursache der Bodenverteilung.[1] Dieses Gesetz des Zusammenhanges zwischen Bodenverteilung und Wanderbewegung war schon in den siebziger Jahren von VON DER GOLTZ völlig klar formuliert worden. Mir diente es als Hauptschlüssel der Untersuchung, die mich über zahlreiche Zwischenstufen 1916 endlich zu einer Lösung gebracht hat, die ich für endgültig halte. Sie ist der „Bodenreform“ einigermaßen verwandt (KAUTSKY hat mich denn auch als einen Bodenreformer bezeichnet), unterscheidet sich aber in den wichtigsten Punkten von den vielen älteren bodenreformerischen und agrarsozialistischen Lösungsversuchen, vor allem darin, daß ich nicht den Bodenbesitz schlechthin, sondern nur den *Groß*-Bodenbesitz für den Mehrwert verantwortlich mache. Das primäre sachliche Substrat des gesellschaftlichen Monopolverhältnisses, das MARX als „Kapitalverhältnis“ bezeichnet hat, ist der Grund und Boden; er ist monopolisiert, ist durch Monopolisierung gesperrt.

Das läßt sich leicht nachweisen. Überall in der kapitalistischen Welt ist aller Boden das Eigentum eines Teiles der Bevölkerung, zumeist einer kleinen Minderheit, während alle anderen, in der Regel die große Mehrheit, ohne Bodeneigentum sind. Nun braucht aber jedermann Boden auf das allerdringendste, jeder als „Standort“ für Wohn- und Werkstattzwecke, viele, die Landwirte, Gärtner u.s.w., außerdem noch als „Produktionsmittel“. Sie müssen daher, um das durchaus Unentbehrliche zu erlangen, den Besitzern anbieten, über was sie selbst verfügen. Dabei ist

[1] Vgl. mein „Grundgesetz der MARXschen Gesellschaftslehre“. Berlin 1903. Kap. 7.

die Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses ganz auf ihrer Seite: Denn die Eigentümer besitzen ja das Unentbehrliche bereits, bedürfen daher, von seltenen Ausnahmefällen abgesehen, der Gegenleistung viel weniger dringend als die Kontrahenten der Leistung. Wir haben also auch auf die Dauer und im Durchschnitt ein wohlcharakterisiertes gesellschaftliches Monopolverhältnis, und so springt denn auch regelmäßig Mehrwert heraus. Der Kontrahent, der über Güter, namentlich über Geld oder geldwerte Rechte und Verhältnisse, verfügt, zahlt für Nutzung oder Substanz einen Mehrwert im Kauf- oder Mietsbeziehungsweise Pachtpreis: Und der „freie Arbeiter", der nichts besitzt, tritt den Mehrwert ab, indem er sich mit einem Lohn begnügt, der hinter dem Werte seiner Arbeit oder seines Erzeugnisses zurückbleibt, indem er also z. B. zehn Stunden gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeit für einen Lohn leistet, mit dem er nur fünf Stunden gesellschaftlicher Arbeit, verkörpert in Gütern, zurückkaufen kann.

Gegen diese Erklärung haben mehrere folgenden Einwand gemacht: Von einem Bodenmonopol kann keine Rede sein; denn ein Monopol besteht nur dort, wo entweder ein Einzelner oder eine zu gemeinsamer Preispolitik verbundene Gruppe die Verfügung über ein Gut besitzt. Der Boden gehört nicht einem Einzelnen, sondern Hunderttausenden, die sicherlich zu keiner gemeinsamen Preispolitik verbunden sind.

Der Einwand ist abzulehnen. Er verwechselt einen Teil mit dem Ganzen. Die restlose Beherrschung des Angebots durch einen Einzelnen oder eine gemeinsam handelnde Gruppe ist nur bei *einer* wohlcharakterisierten Klasse von Monopolen erforderlich, nämlich denen der *beliebig vermehrbaren Güter*. Hier, z. B. bei Patenten, wo nur einer das Angebot beherrscht, oder bei Trusts und Kartellen, wo eine Gruppe ausdrücklich zur Einschränkung des Angebots vertraglich verpflichtet ist, gilt jenes Gesetz unbedingt, aber es gilt nicht für *unvermehrbare Güter*, die dringender nachgefragt als angeboten werden. Hier treibt die leidenschaftliche Nachfrage der Verbraucher den Preis über seine „natürliche" Höhe auch dann auf einen Monopolpreis, wenn die Eigentümer der unvermehrbaren Ware nicht im mindesten mit einander verabredet sind, ja wenn sie nicht einmal von einander wissen. Die Nachfrage überbietet sich selbst, wie wir in diesen Kriegszeiten täglich

erleben, wo alle Subsistenzmittel Monopolgüter geworden sind, und zwar nicht beliebig vermehrbare.

Nun ist Grund und Boden zweifellos ein nicht beliebig vermehrbares Gut[1]: Folglich ist eine Abrede der Besitzer nicht erforderlich, und jener Einwand abzulehnen. Der Boden ist trotz der Zersplitterung des Eigentums ein wohl charakterisiertes Monopol. Wer Boden besitzt, gleichviel ob als Eigentümer oder Mieter beziehungsweise Pächter, und außerdem noch einen Stamm von produzierten Produktionsmitteln (die erst dadurch einen, und zwar einen sekundären, Monopolcharakter erlangen), groß genug, um freie Arbeiter daran zu beschäftigen, ist Kapitalist und zieht den Mehrwert in der Gestalt des *Profits* ein; wer besseren oder marktnäheren Boden hat, bezieht, wenn er ihn selbst ausnutzt, neben dem Profit auch noch die *Grundrente;* vermietet oder verpachtet er ihn an einen Kapitalisten, so bezieht dieser den Profit, der Eigentümer nur die Grundrente.

Lassen wir diese aus dem Spiele, da sie seit RICARDO kein Problem mehr darstellt. Dann zeigt sich, daß die Konkurrenz es „auf die Dauer und im Durchschnitt" dahin bringen muß, daß alle freien Arbeiter gleicher Qualifikation den gleichen Mehrwert abzutreten haben, und daß sich dieser „gesellschaftliche Mehrwert" auf alle Kapitalisten gleichmäßig, d. h. derart verteilt, daß auf gleiche Kapitale gleiche Mehrwertsmassen entfallen. Hier sind wir wieder mit MARX völlig in Übereinstimmung.

Das ist die Theorie vom Mehrwert und seiner Ursache. Sie besteht nur aus drei Sätzen. Erstens: Es gibt Monopole. Zweitens: Beim Tausch von Monopoldingen gegen Nicht-Monopoldinge entsteht Mehrwert. Drittens: Der Boden ist ein Monopolgut. Und diese Sätze sind, soweit ich urteilen kann, sämtlich unbestreitbar.

---

[1] Ich scheue mich fast, den Schulbegriff zu erläutern. Um aber auch weniger sattelfeste Leser vor Irrtümern zu bewahren (die leider nicht selten sind), sei gesagt, daß „beliebig vermehrbar" nicht bedeutet: unendlich vermehrbar. Ein Gut ist beliebig vermehrbar, wenn es in jeder Menge hergestellt werden kann, die der Markt aufzunehmen „beliebt", indem er auch dem ungünstigst gestellten Produzenten noch seine gesamten Aufwendungen, seine eigene Arbeit eingeschlossen, vergütet. Ein solches Gut ist z. B. Weizen oder Gold, aber bestimmt nicht Grund und Boden; er ist nicht *absolut* unvermehrbar, wohl aber im ökonomischen Sinne unvermehrbar, weil nicht „beliebig" vermehrbar.

Was Satz eins und zwei anlangt, so können sie sich wieder auf eine unzweideutige Äußerung von MARX selbst berufen. Er schreibt: „Damit die Preise, wozu Waren sich gegen einander austauschen, ihren Werten annähernd entsprechen, ist nichts nötig als . . . 3) soweit wir von Verkauf sprechen, daß kein natürliches oder künstliches Monopol eine der kontrahierenden Seiten befähige, *über den Wert zu verkaufen, oder sie zwinge, unter ihm loszuschlagen*“.[1]

Und was Satz drei anlangt, so scheint er mir bewiesen zu sein.

Was aber das Ganze der Theorie anlangt, so ist das wichtigste, daß sie *fast verbis expressis von MARX selbst entwickelt worden ist.* Sie trägt freilich nichts, sondern bildet einen Anhang, ein Paralipomenon, aber das hindert nicht, daß sie dasteht, breit und nicht wegzuleugnen, und zwar im 25. Kapitel des ersten Bandes des „Kapital“ unter dem Titel: „Das moderne Kolonialsystem“. Hier heißt es unter anderem:

„Das Wesen einer freien Kolonie besteht darin, daß die Masse des Bodens noch Volkseigentum ist, und jeder Ansiedler daher einen Teil davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den späteren Ansiedler an derselben Operation zu hindern. . . . Die absolute Bevölkerung wächst hier viel stärker als im Mutterland . . ., und dennoch ist der Arbeitsmarkt stets untervoll. Der Lohnarbeiter von heute wird morgen unabhängiger selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker!“[2] Solange aber der Arbeiter für sich selbst akkumulieren kann, und das kann er, solange er Eigentümer seiner Produktionsmittel bleibt, ist die kapitalistische Akkumulation und die kapitalistische Produktionsweise unmöglich.“[3] KARL KAUTSKY sagt in seinem Kommentar ohne Umschweife: „Damit hören Geld, Lebensmittel, Maschinen und andere Produktionsmittel auf, Kapital zu sein. Sie verwerten sich nicht.“[4]

Mir scheint, daß die sachliche Übereinstimmung vollkommen ist. Wo kein Bodenmonopol besteht, gibt es kein Kapital und keinen Kapitalismus. Das sage ich, und das sagen, nur mit

---

[1] MARX, Kapital III, 1, S. 136.
[2] a. a. O. I, S. 734.
[3] a. a. O. I, S. 732.
[4] KARL MARX' ökonomische Lehren. 14. Aufl. Stuttgart 1912. S. 265

ein bißchen anderen Worten, auch MARX und sein Schüler KAUTSKY.

IV.

Aus dieser Theorie ergibt sich ein *praktisches, unmittelbar ausführbares Programm.* Nur darum entwickle ich den scheinbar so abstrakten Gedankengang heute, wo der Zeiger der Weltgeschichte auf „eine Minute vor Zwölf“ steht. Es ist vielleicht noch möglich, den Wagen herumzureißen, ehe er in den Abgrund stürzt, ist vielleicht noch möglich, die Ausbreitung der bolschewistischen Experimente zu verhindern, die, indem sie ein leider nur zu sehr berechtigtes Ressentiment der durch Jahrhunderte hindurch geknechteten und ausgebeuteten Massen befriedigen, doch alle, und vor allem die Volksmasse, und in ihr vor allem die Arbeiterschaft, ins Verderben stürzen und die Freiheit und den Sozialismus auf Jahrhunderte hinaus diskreditieren.

Wie sieht dieses Programm aus?

Es hängt davon ab, welcher Art das Bodenmonopol ist. An unvermehrbaren Gütern gibt es zwei Arten von Monopolen. Eines, das darauf beruht, daß der Vorrat dem Bedarf gegenüber absolut zu klein ist, ein zweites, das darauf beruht, daß ein an sich, von Natur aus, ausreichender Vorrat von wenigen gesperrt, monopolisiert wird. In einer belagerten Stadt z. B. steigt das Korn in zwei Fällen auf einen Monopolpreis, erstens, wenn zu wenig davon vorhanden ist, und zweitens, wenn zwar überreiche Mengen vorhanden sind, aber von wenigen Besitzern gesperrt werden, oder, mit anderen Worten, wenn eine große Anzahl von Nicht-Kornbesitzern einer kleinen Anzahl von Groß-Kornbesitzern gegenübersteht.

Welcher dieser beiden möglichen Fälle liegt beim Bodenmonopol vor? Die Antwort entscheidet über die praktischen Maßnahmen, die zu treffen sind. Wenn der erste Fall vorliegt, wenn absolut zu wenig Boden vorhanden ist, um das Bedürfnis der Gesamtheit zu befriedigen, gibt es nur das eine Mittel, allen Boden zu vergesellschaften, um den Monopolgewinn der Gesamtheit zuzuführen. Wenn aber der zweite Fall vorliegt, wenn der Vorrat übergroß ist, aber eine große Anzahl von Nicht-Bodenbesitzern einer kleinen Anzahl von Groß-Bodenbesitzern gegenübersteht, dann genügt es offenbar, den *Großbesitz zu ent-*

eignen und den Vorrat zur allgemeinen Verfügung zu stellen. Denn dann treten — nach MARX und KAUTSKY — die Verhältnisse einer „freien Kolonie" ein; „jeder Ansiedler kann einen Teil des Bodens in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln, ohne den späteren Ansiedler an der gleichen Operation zu hindern". Und dann „hören Geld, Lebensmittel, Maschinen und andere Produktionsmittel auf, Kapital zu sein. Sie verwerten sich nicht".

Nun, zweifellos liegt der zweite Fall vor. Selbst in einem so dicht bevölkerten Lande wie Deutschland stellt eine, stellt sogar eine nur zum Teil erfolgende Expropriation des Großgrundeigentums sofort die Verhältnisse einer „freien Kolonie" her.

Ich habe den Beweis mehrfach auf Grund genauer statistischer Zahlen erbracht[1] und muß darauf verweisen. Hier nur einige ganz kurze Angaben: Alle Sachkenner sind darin einig, daß in Deutschland 1 ha Nutzland pro Kopf, also zirka 5 ha pro Familie, durchschnittlich ausreichen, um eine bäuerliche Familie bei der bestehenden Intensität der Ackerkultur und Viehhaltung voll zu beschäftigen und anständig-mittelständisch zu ernähren. Die äußerste Grenze, bei der selbst bei extensivster Ackerkultur in verkehrsarmer Gegend auf geringem Boden ein Betrieb ohne Arbeiter auslangen kann, liegt etwa bei 15 ha. Dafür beginnt die Selbständigkeit beim Bauern auf gutem Boden und in guter Verkehrslage bereits bei 2 ha, beim Gärtner auf noch bedeutend kleinerer Fläche.

Deutschland hat rund 32 Millionen ha reines agrarisches Nutzland, zu denen noch etwa 2 Millionen geringe Weide und Millionen von Hektaren von kultivierbarem Ödland, namentlich von Hochmooren treten. Es könnte daher eine selbständige, mittelständische Bevölkerung von Bauern und Gärtnern in einer Anzahl von wenigstens 34 Millionen Köpfen ernähren. Seine gesamte Bevölkerung der Klasse A aber (Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Viehzucht, Fischerei u.s.w.) *beläuft sich nur auf knapp die Hälfte:* 17 Millionen Köpfe insgesamt (mit Angehörigen). Wenn man also heute allen Landwirten Deutschlands pro Kopf einen Hektar Land geben würde, könnten an dem übrigbleibenden Reste zunächst noch 17 Millionen „spätere Ansiedler die gleiche Operation vornehmen".

[1] Am ausführlichsten in meiner Broschüre: „Die soziale Frage und der Sozialismus". Jena 1912. Erster Teil. 1. Kapitel.

Es liegt also offenbar nicht an der Knappheit des Vorrats, sondern an seiner Monopolisierung durch Groß-Bodenbesitzer. Hören wir die Statistik.

Von jenen knapp 17 Millionen der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurden 1907 *nicht weniger als 9 1/3 Millionen,* also über die Hälfte, als „Arbeiter samt Angehörigen" bezeichnet, hatten also gar kein Land oder nur unzureichende Fetzen.

Von rund 2 400 000 landwirtschaftlichen *Hauptbetrieben* hatten rund 90 000: weniger als 1/2 ha, 370 000: 1/2—2 ha, 719 000: 2—5 ha, 590 000: 5—10 ha, 392 000: 10—20 ha. Diese fünf Klassen, in die bereits der *große* mittelbäuerliche Besitz (10—20 ha) einbezogen ist, umfassen zusammen 90 % der Hauptbetriebe — *und diese neun Zehntel eignen zusammen nur 44 % des Nutzlandes.* Der Durchschnitt pro Betrieb ist nur 5,8 ha.

Den Rest von 56 % des Nutzlandes nehmen die Großbauern (20 bis 100 ha) und die Großgrundbesitzer (über 100 ha) ein, die zusammen nur *ein Zehntel* der Hauptbetriebe ausmachen. Und zwar gibt es rund 220 000 kleine Großbauern mit je 20—50 ha, rund 35 000 große Großbauern mit je 50—100 ha und rund 23 000 Großgrundbesitzer, darunter 3460 mit über 500 ha.

Damit scheint mir der Ring der Beweise völlig geschlossen. Wir stehen einem Bodenmonopol gegenüber, beruhend auf der Monopolisierung des an sich überaus reichen Vorrats an Nutzland durch eine winzige Minderheit von Groß-Bodenbesitzern gegenüber den Nicht-Bodenbesitzern. Die einzige erforderliche Maßnahme, um den Kapitalismus aufzuheben, ist also die Verwandlung Deutschlands in eine „freie Kolonie" durch Enteignung des Groß-Bodenbesitzes.

Mehr zu sagen ist einem MARXisten gegenüber eigentlich überflüssig. Wenn die Theorie vor der Logik und den Tatsachen besteht, ergibt sich daraus die Taktik von selbst. Es ist völlig klar, daß das Bodenmonopol sozusagen die Hülle des Ballons ist, die das Gas des Mehrwerts zusammenhält und dem Ganzen seine Steigkraft verleiht: Wenn wir die Hülle aufreißen, muß das Gas ausströmen.

Ich will aber das Programm in knappster Skizze im einzelnen entwickeln, um den kürzesten Weg zu zeigen und gleichzeitig scheinbare Schwierigkeiten zu beseitigen.

V.

Nehmen wir an, das deutsche Proletariat erlange die Macht, die Verfassung des Landes nach seinem Willen zu ordnen, dann handelt es sich darum, die Schwierigkeiten zu beseitigen, durch die bisher alle proletarischen Umwälzungen zuletzt doch wieder in den Abgrund gestürzt worden sind. Es sind das namentlich zwei.

Erstens der Widerstand der durch die Expropriation bedrohten Besitzenden, nicht nur der großen Bourgeoisie, sondern auch des Mittelstandes bis in seine tiefsten Schichten herab, vor allem der Bauernschaft in ihrer Masse.

Zweitens die sofort einsetzende Lähmung der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und -vereinigung. Die Fabriken und Werkstätten stehen still, das Transportwesen wird desorganisiert, die Städte werden die Attraktionszentren einer ungeheuren Zuwanderung von Landproletariern, die doppelt leiden und doppelt gefährlich werden, weil sie weder Arbeit noch Brot finden. Denn das Land *kann* nicht im bisherigen Maße Nahrung senden, weil der Transport und der Handel desorganisiert sind, und *will* es auch nicht, weil der Bauer in seiner großen Masse der Revolution feindlich ist, die auch ihn mit Enteignung bedroht.

Die Aufgabe ist also, möglichst Wenige unmittelbar in ihrem Vermögen, und diese möglichst sanft anzufassen, und die volkswirtschaftliche Kooperation womöglich zu beflügeln, jedenfalls nicht zu hemmen.

Dazu genügen vollkommen die folgenden Maßnahmen. Das Reich beziehungsweise die Einzelstaaten stellen ihren Domänenbesitz in dem Maße, wie er pachtfrei wird oder durch Lösung des Pachtverhältnisses freigemacht werden kann, für die Zwecke der Ansiedlung zur Verfügung. (Die Nutzfläche der preußischen Domänen allein betrug 1913: 436000 ha.) Ferner wird das bisher ungenützte Ödland, vor allem die Moore, die schnell und sicher in hochwertigen Kulturboden verwandelt werden können, gegen Entschädigung expropriiert und so schnell wie möglich kultiviert. (In Preußen allein gibt es noch 1,6 Millionen ha kultivierbaren Hochmoores.) Wenn dieser Landvorrat der Nachfrage noch nicht genügt, wird aus Privatbesitz Boden gegen Entschädigung erworben; hier sollten vor allem die eigentlichen Latifundien herangezogen werden, die großen Fideikommisse und die ihnen

nahe stehenden sonstigen rechtlich gebundenen sehr großen Güter. Außerdem kommt ein staatliches Vorkaufsrecht bei jedem freiwilligen Besitzwechsel an Gütern mit einer Nutzfläche von über 20 ha in Betracht. Um den Boden nicht allzu teuer zu erwerben und die Ansiedler nicht von vornherein in Schwierigkeiten zu bringen, sollte höchstens der durchschnittliche Ertragswert der letzten drei oder fünf Jahre vor dem Kriege bezahlt werden. Da die Bodenpreise voraussichtlich stark sinken werden, wird man das zuerst erforderliche Siedlungsland wahrscheinlich freihändig noch billiger erlangen; später wird es noch viel billiger werden, wie sofort gezeigt werden wird.

Aus diesen verschiedenen Quellen wird man voraussichtlich mehr Boden erhalten, als die zu Anfang vorhandene Nachfrage geeigneter Siedlungslustiger aufnehmen kann und will; man wird daher um die Expropriation — mit Ausnahme der des ungenützten Ödlandes, die ganz unbedenklich ist — vielleicht ganz herumkommen und wird jedenfalls mit dieser ultima ratio nur so von fern und mit solchen Kautelen drohen müssen, daß die Besitzer sich nicht gefährdet fühlen. Das nämlich ist für den ungestörten Fortgang der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Nahrungsversorgung der Städte von größter Bedeutung.

Wo geeignete Bewerber mit einigem Vermögen und Teilstücke von geeigneter Größe und Beschaffenheit vorhanden sind oder durch Parzellierung und Bebauung schnell genug aus Großbesitz geschaffen werden können, setzt man selbständige Gärtner und Klein- und Mittelbauern auf durchschnittlich 5 ha Nutzland an; die populären Sicherungen gegen die Bodenspekulation (Heimstättenrecht, Rentengut, Erbpacht, Erbbaurecht, Rückkaufsrecht und dergleichen) lassen sich leicht schaffen. Die Siedler zahlen den Zins des Bodens und die Baukosten; eine Amortisation ist nicht erforderlich, wie gezeigt werden wird.

Wo aber geeignete Bewerber für selbständige Bauernschaft fehlen — die Landarbeiter haben in der Regel weder die Lust noch die Qualifikation dazu —, soll der Großbetrieb mindestens vorläufig erhalten bleiben, aber durch eine neue Arbeitsverfassung den Ansprüchen der Arbeiterschaft angepaßt und gleichzeitig, wie wir bestimmt erwarten, zu viel höherer Produktivität und Rentabilität entwickelt werden.

Die bisherige Arbeiterschaft der erworbenen Güter und Domänen wird zu Genossenschaften zusammengefaßt, die den

Kaufpreis zu verzinsen haben. Eine Amortisation ist auch hier unnötig; er amortisiert sich automatisch in kürzester Zeit. Die Genossenschaft wirtschaftet zunächst gemeinsam als Produktivgenossenschaft unter ihrem alten Leiter, wenn sie sich mit ihm über sein Gehalt u.s.w. einigt, sonst unter einem von ihr gewählten und vom Staat beaufsichtigten bewährten Fachmann, den sie anstellt. Es ändert sich also fürs erste nicht das mindeste an der Betriebsweise und Betriebsrichtung, der Wagen läuft ruhig im alten Gleise weiter, die Produktion bleibt die alte, und vor allem werden das vorhandene Inventar und namentlich die Wirtschaftsgebäude nicht entwertet. Der Genossenschaft steht es frei, sich in eine Produzentengenossenschaft selbständiger Bauern zu verwandeln oder eine Mischform auszubilden, indem sie den Großbetrieb mit einem Kranze von Kleinstellen umgibt, deren Besitzer je nach eigenem Wunsch als Häusler mit 2—3 oder als Heuerlinge mit 8—10 Morgen Eigenland regelmäßig an den Arbeiten des Zentralbetriebes teilnehmen oder gänzlich als Selbständige mit 20—30 Morgen Land ausscheiden. Die Genossen des Großbetriebes erhalten außer ihrem bisherigen Lohn samt Deputat u.s.w. ihren Anteil am Betriebsgewinn, der pro rata der Arbeitsleistung nach Zeit und Qualifikation voll verteilt wird.

Um den Betrieb zu entwickeln und die Genossen in anständige Wohnungen zu bringen, stellt der Staat den Genossenschaften gegen solidarische Bürgschaft verzinsliche Darlehen zur Verfügung, aus denen Häuser gebaut, Meliorationen vorgenommen und das Inventar ergänzt wird. Ein Amortisationsaufschlag ist auch hier nicht erforderlich.

Den Leitern wird zur obersten Pflicht gemacht, den Betrieb in den Grenzen der Wirtschaftlichkeit zu intensivieren. Außerdem sorgt der Staat durch Bau von Landstraßen und Kleinbahnen und durch Elektrifizierung dafür, daß diese Güter in eine höhere THÜNENsche Zone rücken, wo größere Intensität des Anbaus rentiert.

Höhere Intensität des Anbaus verlangt beträchtlich zahlreichere Arbeitskräfte. Sie werden herangezogen und mit gleichen Rechten in die Genossenschaft eingereiht. Außerdem scheiden regelmäßig frühere Arbeiter ganz oder zum Teil aus der Arbeit des Großbetriebes aus, um sich selbständig zu machen; sie müssen ersetzt werden. Auf diese Weise wird sich die agrarische Be-

völkerung der Güter schnell verdichten, nach allen Erfahrungen mehr als verdoppeln.[1]

Damit ist die Reißleine gezogen, die Hülle des Ballons aufgeschlitzt, und das Gas des Mehrwerts strömt schnell heraus, allerdings und zum Glück nur so schnell, daß die Gondel, die Volkswirtschaft, nicht wie ein Stein niederschlägt, sondern sanft aufsetzt. Nichts weiter ist erforderlich, um binnen wenigen Jahren den letzten Rest des gesellschaftlichen Mehrwerts zu beseitigen. Kein anderer Besitzer, groß oder klein, in Stadt oder Land, braucht beunruhigt zu werden; Handel, Verkehr, Geld-, Bank- und Börsenwesen bleiben durchaus ungeschoren und laufen im Gegenteil nur glatter, schneller und mit größerem volkswirtschaftlichen Ertrage. Das soll jetzt im einzelnen gezeigt werden:

Zunächst steigert die Absaugung der Arbeiter aus den noch nicht vergesellschafteten Betrieben deren „Leutenot“ zur wirtschaftlichen Katastrophe.

Auf den 10000000 ha = 100000 qkm Gesamtfläche des deutschen Großgrundeigentums haben vor dem Kriege *höchstens* 3 Millionen Menschen gelebt.[2] Das macht, berechnet auf ihre *Nutzfläche* allein, eine Dichtigkeit von ungefähr 43 Köpfen pro Quadratkilometer. Raum haben nach unserer Schätzung 100 Köpfe rein agrarischer Bevölkerung: Es hat also eine Zuwanderung von 57 Köpfen Lebensraum. Das ergibt auf die reichlich 20000 qkm der dem Volke repropriierten Fläche einen Zustrom von nicht weniger als 1140000 Köpfen. Das ist eine fast ausschweifend ungünstige Schätzung. Nehmen wir an, was der Wahrheit näher kommen dürfte, jene Gesamtbevölkerung betrüge nur 20 pro Quadratkilometer, d. h. 2 Millionen im ganzen, so kommen auf die Nutzfläche knapp 30 Köpfe, und die Auffüllung verlangt 1400000 Seelen. Aber selbst bei Zugrundelegung der ersten Schätzung verliert der Rest des Großbesitzes von seiner Bevölkerung von $^5/_7$ der Gesamtheit,

---

[1] Nach den preußischen Erfahrungen leben auf einem parzellierten Gut durchschnittlich fast dreimal soviel Menschen wie vorher. Ebenso stark nimmt die Zahl des Großviehs, viel stärker noch die der Schweine zu; die Staatssteuern steigen schnell auf das Dreifache.

[2] Nach Sering übersteigt die Bevölkerung der Gutsbezirke nur selten 20—30 pro Quadratkilometer und sinkt in einzelnen Fällen bis auf 4 herab.

also von 2150000 Köpfen, mehr als die Hälfte.[1] Und schon das bedeutet für eine große Anzahl von Betrieben den Bankrott. Sie können auf der einen Seite die Wirtschaft mit dem auf weniger als die Hälfte geschrumpften Arbeiterstamm nicht mehr aufrechterhalten, haben also stark verringerte Roheinnahmen, und haben auf der andern Seite enorme Mehrlöhne zu bezahlen, da die leidenschaftliche Nachfrage nach Händen den Lohn gewaltig treiben muß. Unter diesen Umständen hätten sie sogar in der Vorkriegszeit sich nicht halten können; jetzt aber ist die Arbeiterschaft sehr stark gelichtet, und außerdem haben die Besitzer mit ungeheuer gestiegenen Steuern und Hypothekenzinsen zu rechnen und keine Aussicht mehr, slawische Wanderarbeiter in alter Zahl aus Rußland und Österreich zu importieren; denn der Krieg hat in Rußland die Agrarverhältnisse umgewälzt und überall die Arbeiterschaft zum großen Teile verschlungen.

Hier möchte ich einen Augenblick Halt machen dürfen. Ich sagte einleitend, nur ein „wissenschaftlicher Sozialismus" sei der Erörterung wert, der den Zustand der künftigen Gesellschaft aus den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft selbst ableitet. Nun, *alle* Sachkenner haben als Tendenz unserer Entwicklung schon im Frieden den Niederbruch des Großgrundeigentums als Folge der Massenwanderung festgestellt und als einzige mögliche Rettung die innere Kolonisation empfohlen.[2] Die Wanderung war unaufhaltsam am Werke, das Monopol des Groß-Bodeneigentums zu unterminieren. Wenn also heute das zur Macht gelangte Volk die hier vorgeschlagene Maßnahme durchführt, so leistet es der Entwicklung nur die von Marx selbst zugelassenen Dienste als „Geburtshelfer" der neuen Gesellschaft.

Um zum Gegenstande zurückzukehren: Der Arbeitermangel und die steigenden Ausgaben treiben eine große Anzahl von Großbesitzern an den Rand des Ruins. Sie selbst oder ihre Hypothekengläubiger sind gezwungen, die Güter dem Staate zum Kauf anzubieten, und müssen froh sein, wenn er ihnen jetzt noch die ersten Bedingungen gewährt. Wieder werden dem Reste große Mengen ihrer Arbeiterschaft entzogen, neue

---

[1] Nach der zweiten Schätzung verliert er von 1500000 Seelen 1400000.

[2] Vgl. „Die soziale Frage und der Sozialismus" S. 93ff.

Zusammenbrüche, neuer Staatserwerb, bis nach kurzer Zeit alles Land dem Volke repropriiert ist.

Wem das „utopisch" klingt, lese KARL KAUTSKYs Schriftchen: „Die soziale Revolution".[1] Er sagt, daß bereits eine staatliche Arbeitslosenunterstützung das Kapital expropriieren würde, wenn der Staat nicht mehr zu seinen Gunsten interveniert: „Der Arbeiter braucht dann nicht mehr den Kapitalisten, während dieser ohne ihn seinen Betrieb nicht mehr fortsetzen kann. . . . Die Kapitalisten könnten da wohl fortfahren, Leiter der Fabriken zu sein, *aber sie werden aufhören, ihre Herren und Ausbeuter zu sein.* . . . Dann werden diese Herren die ersten sein, welche auf die Fortsetzung der kapitalistischen Produktion verzichten *und darauf drängen, daß man ihnen ihre Unternehmungen abkauft.* . . . So waren . . . in Irland zur Zeit, als die Pächterbewegung ihren Höhepunkt erreicht hatte, die Grundbesitzer nicht im stande, ihre Rente einzutreiben; *da waren es die Landlords selbst, die danach verlangten, daß man allen Grundbesitz von Staats wegen ankaufe.*"

Ich freue mich, hier, wie z. B. auch in der Bewertung des genossenschaftlichen Großbetriebes in der Landwirtschaft, mit KAUTSKY übereinzustimmen. Entweder sind wir beide mit der völlig gleichlaufenden Ableitung Utopisten, oder keiner von uns ist es. Wir stehen hier beide fest auf MARXschem Boden: Wo und aus welchem Grunde immer der Arbeiter nicht mehr „frei" ist, nicht mehr unter dem Druck des Klassenmonopols steht, ist der Kapitalist geliefert und der Kapitalismus erwürgt.

VI.

Nun fragt der Leser schon lange ungeduldig: *Und was wird aus dem städtischen Kapitalismus?*

Vom Augenblick der Repropriation jenes Teiles des Großeigentums an stockt die Abwanderung vom Lande in die Stadt. Im Gegenteil: Es fließt städtische Proletarierbevölkerung in zwei Strömen aufs Land zurück. Der eine Strom sind Landkinder, die noch die Kraft und Lust zur Landarbeit nicht verloren haben; sie verlassen die Fabriken und fordern ihren Anteil am Volkslande. Der zweite Strom sind gelernte Industriearbeiter,

[1] Berlin 1907, S. 72.

die sich den Genossenschaften anschließen, ein Stück Land für Haus, Werkstatt und Garten nehmen, aus den Staatskrediten bauen und Handwerksmeister werden. Krämer, Lehrer, Medizinalpersonal schließt sich ihnen an. Damit ist unserem ersten Postulat genügt, ein System der Reform zu finden, das nicht die Städte zu Zentren einer maßlosen Zuwanderung macht.

Damit bricht zunächst die städtische Terrainspekulation augenblicks zusammen. Sie ruht ausschließlich auf der Voraussetzung einer starken regelmäßigen Zuwanderung. Wenn eine Großstadt aufhört, stark zu wachsen, ist keine spekulative Terrainposition mehr haltbar, da der Selbstkostenpreis schon durch den Zinseszins sehr schnell auf eine Höhe wächst, die kein Verkaufspreis mehr einbringen kann. Außerdem wird ein staatsbeherrschendes Volk nicht zaghaft mit Steuern auf diese im höchsten Maße antisoziale, von *allen* Richtungen verurteilte Gestalt des Monopols sein; und schließlich braucht der Staat nur ein paar elektrische Schnellbahnen in die weitere Peripherie einer Großstadt zu bauen, um gewaltige Gelände für den Wohnungsbau reif zu machen und allen Mietern einer Großstadt in den schönsten der Gartenstädte Haus und reichlich Gartenland für einen kleinen Teil der Miete zu schaffen, die sie heute für elende Massenquartiere in Mietskasernen bezahlen müssen. Der Mietsagrarier folgt dem Feldagrarier in die Versenkung der Weltgeschichte, der Arbeiter wird des Monopoltributes der städtischen Grundrente — sie wenigstens ist unbestritten ein Monopoltribut! — los und ledig.

Wie aber steht es mit dem Industriekapitalismus, dem Fabrikfeudalismus?

Das *absolute* Angebot von Arbeitskraft auf dem Markte der Dienste sinkt durch den Abfluß der beiden Ströme, die wir bezeichnet haben. Im Verhältnis zu den Bedingungen der früheren Friedenszeit sinkt das *relative* Angebot noch viel stärker: Denn es findet kein Zufluß von Landproletariern mehr zu den städtischen Arbeitsmärkten statt; die Lohndrücker bleiben aus, an denen sich der Kapitalismus bisher gemästet hat.

Auf der anderen Seite *steigt* die Nachfrage nach Arbeit und daher auch nach Arbeitern ganz gewaltig, und zwar durch die Folgen der schnellen und umfassenden inneren Kolonisation. Viele Hunderttausende neuer anständiger Familienwohnungen entstehen auf dem Volkslande; viele von ihnen sind vollaus-

gebaute Bauernstellen mit Scheune und Stall; die Genossenschaften kaufen lebendes und totes Inventar, meliorieren durch Drainage, Entwässerung und Bewässerung, Straßenbau und Elektrifizierung; der Staat verdichtet das Netz der Chausseen und Eisenbahnen. Dazu kommt der Bau und die Einrichtung von Haus und Werkstatt der in die neuen Dörfer übergesiedelten Handwerksmeister, jener ehemaligen Fabrikproletarier. Ziegeleien und Zementfabriken, Schienenwerke, Holzbearbeitungswerke, Glas- und Ofenfabriken, Wagenbau, Kettenschmiederei, Sattlerei und Tischlerei, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Drainageröhren, Eisenbahnwaggons, Lokomotiven wissen sich vor dringlichen Aufträgen nicht zu bergen; die Kohlen- und Eisenbergwerke, die Flußschiffahrt, der Seehandel und der Seeschiffbau, die Eisenbahnen und Spediteure haben Hochkonjunktur, weil heimischer Rohstoff bewegt, und fremder massenhaft herangeführt werden muß. Bei den hohen Löhnen und dem dringenden Bedarf wird die Einführung neuer arbeitsparender Maschinerie notwendig und rentabel: Alle Maschinenfabriken sind mit Aufträgen überlastet. Überall eine kolossale Nachfrage nach Arbeit — und gesunkenes Angebot! Der Lohn steigt sprungweise, Geld- und Reallohn. Der Arbeiter läßt seine Kinder etwas lernen, da er ihres Beitrages jetzt entraten kann: Eine ungeheure Armee von Rekruten der Arbeit kommt vier, fünf Jahre später, und kommt qualifiziert zur Einstellung. Der Arbeiter zieht seine Frau, und viele ziehen ihre Töchter aus der Fabrik zurück; in den Gartenstädten haben sie gesündere und nicht weniger nützliche Arbeit in Haus und Garten genug, und er hat es bei den hohen Löhnen nicht mehr nötig, „Weib und Kind unter den Dschaggernautwagen des Kapitals zu schleudern“. Wieder sinkt die „aktive Arbeiterarmee“ um Hunderttausende, vielleicht um Millionen, aber die Nachfrage nach Arbeit wächst mit jedem neuen Bauern und Handwerker, der sich draußen ansetzt, immer stärker. *Und geht niemals wieder zurück!* Denn wenn alles Land draußen von Produktivgenossenschaften und Einzelbauern voll besetzt ist, hat Deutschland einen agrarischen Binnenmarkt, doppelt so stark an Köpfen und vielleicht zehnmal so stark an Kaufkraft wie heute; und wir wollen nicht vergessen, daß auch der Lohn des Industriearbeiters Kaufkraft ist für die Produkte anderer Industriearbeiter, Nachfrage nach ihrer Arbeit.

Wir wollen hier nicht auseinandersetzen, was geschehen wird, wenn Deutschland, in ein bis zwei Jahrhunderten vielleicht, die 34 Millionen agrarischer Selbständiger in mittelständischem Wohlstande beherbergt, die wir oben als seine heutige Kapazität berechnet haben. Es ließe sich leicht zeigen, daß auch dann der Prozeß des Segens sich nicht in sein Gegenteil umkehren würde, und zwar, weil dann längst nicht mehr ein voller Hektar pro Kopf erforderlich wäre, sondern viel weniger, etwa nur ein halber, so daß die agrarische Bevölkerung sich noch einmal verdoppeln könnte, ehe eine Stauung aufträte.[1] Lassen wir einer fernen Zukunft auch noch etwas zu erwägen und zu leisten.

Dieser Prozeß erreicht nicht eher sein Ende — und er erreicht es bald —, *als bis der Lohn den Mehrwert auch in der Industrie verschlungen hat.* Hand in Hand mit dem letzten Landarbeiter tritt auch der letzte Industrieproletarier über die Schwelle der mittelständischen Existenz. In Land und Stadt gibt es wohl noch „Arbeiter" im technischen Sinne: unselbständige Teilnehmer von kooperierenden Betrieben, aber es gibt weder dort noch hier mehr einen „freien Arbeiter", sondern nur gewinnbeteiligte Mitglieder von Produktivgenossenschaften oder hochbezahlte, sehr vorsichtig und gänzlich unpatriarchalisch als freie Männer behandelte Angestellte für manuelle Arbeit.

Was wird aus den Kapitalisten und dem Kapital?

Im Gewinn des heutigen Kapitalisten mischen sich drei verschiedene Einkommen: der reine Profit oder Mehrwert, den wir als Monopolgewinn erkannt haben, ist das erste; der „Unternehmerlohn", das Entgelt seiner qualifizierten Arbeit als Leiter und Organisator, ist das zweite. Es sind „statische" Einkommen. Dazu kommt als „dynamisch" in guten Zeiten ein „Konjunkturgewinn", der im Durchschnitt der ganzen Klasse durch Verluste schlechter Zeiten kompensiert wird. Er trägt daher auch den Namen „Risikoprämie".

Der „Unternehmerlohn" der wirklichen Leiter wird etwa

[1] Das ist List-Careys „Gesetz der Kapazität". Bei steigender Volks dichtigkeit wächst der Rohertrag pro Fläche, weil immer bessere Werkzeuge und Methoden angewandt werden, und noch stärker der Reinertrag, weil Urprodukte im Verhältnis zu Gewerbsprodukten regelmäßig im Preise steigen müssen.

im Verhältnis der gewöhnlichen Löhne wachsen, bis eine bessere allgemeine Erziehung die Zahl der Qualifizierten gesteigert haben wird. Und der Konjunkturgewinn wird hoch sein und im Durchschnitt durch nur wenige Verluste kompensiert werden. Denn wir werden bei einer dringenden Nachfrage nach Gütern aller Art, der ein entsprechendes Angebot erst nach sehr langer Zeit, nämlich erst dann gegenüberstehen wird, wenn die Gesamtmaschinerie auf ihre volle riesenhafte Höhe und Leistungsfähigkeit gebracht sein wird, dauernde Hochkonjunktur haben. Das heißt: die Marktpreise der Industrieprodukte werden über dem statischen Preise stehen; die Waren werden etwas mehr Arbeitszeit in agrarischen Produkten und industriellen Diensten kaufen, als in ihnen selbst verkörpert ist. Diese beiden Einkommen der Kapitalisten werden also steigen, wahrscheinlich stark steigen. Und das ist ganz ausgezeichnet, weil es den Verlust aus dem *unaufhaltsamen Sturz des reinen Profits* zum Teil ausgleichen und vielleicht mehr als ausgleichen wird. Denn dadurch bleibt der Gesamtwirtschaft für die Übergangszeit die dreifache Funktion erhalten, die heute der Kapitalist ausübt: als Leiter der Produktion, als Werterhalter und Wertvermehrer des „Kapitals im volkswirtschaftlichen Sinne“: des nationalen Werkgutes, und als Konsument höherwertiger Güter und Dienste, so daß diese Erwerbsgruppen nicht leiden. Bei hohen Preisen der Waren und hohen Löhnen, aber sinkenden Profiten, werden die Kapitalisten alles daran setzen, um nach Möglichkeit zu „entsagen“; sie werden ihre Maschinerie rastlos verbessern, um am Konjunkturgewinn und Unternehmerlohn einzubringen, was sie am Profit verlieren; um ihren Konkurrenten abzujagen, was sie ihren Arbeitern nicht mehr abjagen können. Und so verwandeln sie einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens in Volkseigentum: Denn das ist es praktisch von dem Augenblick an, wo der Mehrwert völlig verdampft ist. Um mich marxisch auszudrücken: Sie wetteifern darin, ihre Mehrwert*masse* zu vermehren, um den Fall der Mehrwert*rate* auszugleichen, und vollziehen damit wider Willen die volkswirtschaftlich wichtige Funktion, das konstante Kapital der Gesellschaft zu vermehren, bis die Arbeiter selbst aus ihrem Einkommen diese Funktion zu übernehmen im stande sind.

Damit ist auch unserem zweiten Postulat Genüge getan: Die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung und -vereinigung wird

nicht gelähmt, sondern *beflügelt*, alle Unternehmer in Industrie, Handel, Bank und Verkehr zu äußerster Tätigkeit angespannt, zu ihrem eigenen Vorteil, weil sie ihre gewohnte Lebenshaltung ungefähr im alten Stile fortsetzen können, und zu dem der Allgemeinheit, da ihr Produktionsapparat schneller und wirksamer ausgestaltet wird, als eine bureaukratische Organisation es vermöchte. Der Arbeiter aber kann seinem alten Feinde das alles wohl gönnen, denn er selbst ist unendlich viel reicher mit allen Gütern des Verzehrs und der Kultur ausgestattet als je zuvor. Das agrarische Nationalprodukt hat sich vermehrt und verbessert, seit statt des interesselosen Tagelöhners der freie Bauer den deutschen Boden bestellt, und alle Industrieerzeugnisse haben sich vervielfacht, seit die ungleich gewaltigere Maschinerie dem Menschen dient. *Der Kuchen der nationalen Produktion ist viel größer geworden, und der Arbeiter erhält vom viel größeren Kuchen einen viel größeren Teil.* Da mag er es den aussterbenden Kapitalisten gönnen, wenn ihr viel kleinerer relativer Anteil absolut noch so groß ist wie zuvor.

Und was wird aus dem „Kapital"? Nun, das Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne blüht und wächst gewaltig: Die Maschinerie, des Menschen stählerne, fühllose Sklavenschaft, nimmt riesenmäßig zu. Aber sie macht nicht mehr den Menschen zu ihrem Sklaven. Seit es keinen freien Arbeiter mehr gibt, gibt es kein Kapital „im privatwirtschaftlichen Sinne" mehr, keinen Mehrwert heckenden Wert.

VII.

Vier Einwände pflegt man mir zu machen.

Den ersten darf ein MARXist nicht erheben. Er lautet, die Kapitalisten würden die Preise ihrer Produkte mindestens in dem Maße erhöhen, wie die Löhne steigen, so daß der Arbeiter als Konsument verliert, was er als Produzent gewinnt. Es würde sich nur der Geldname seines Lohnes, aber nicht seine Kaufkraft, nicht sein Reallohn erhöhen. Ich habe nicht nötig, vor gebildeten MARXisten diesen Einwand zu charakterisieren. Nicht der Kapitalist bestimmt den Wert der Ware, sondern die darin verkörperte Arbeitszeit, und die ändert sich nicht, wenn der Mehrwert sinkt!

Zweitens: Das Kapital werde die Reform nicht dulden, werde fremde Arbeiter importieren, die Schollenpflichtigkeit wieder einführen, den Lohn gesetzlich beschränken und dergleichen. Das ist die Geschichte von dem Kapitän des meuternden Schiffes, der in seiner Not „achtzig Mann umzingelt". Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß das Volk die Macht über die Gesetzgebung und Verwaltung erlangt hat. Seine Maßnahmen richten sich gegen vielleicht 1500—2000 Besitzer. Auf wen wollen diese sich stützen, um Widerstand zu leisten? Stadt- und Landarbeiter, Zwerg- und Kleinbauern stehen geschlossen für die Reform, die ihnen nützt; das sind über 90% der Bevölkerung; die Mittelbauern haben nichts zu fürchten, ebensowenig der städtische Mittelstand. Die Expropriierten stehen allein, ein Häuflein gegen 67 Millionen!

Aber das städtische Kapital? Das allmächtige „Finanzkapital", jener „Oktopus", der ganze Länder mit seinen Polypenarmen umschlingt und aussaugt? Der die Presse, die öffentliche Meinung, die Verwaltung, hier und da auch die Gerichte „kontrolliert"?

Ich antworte, daß ein Untier um so leichter verhungert, je größer es ist. Wenn der freie Arbeiter verschwindet, verhungert das große Finanzkapital am allerersten, weil es keinen Fraß mehr hat. Mögen sich doch die paar Dutzend Bankokraten samt ihren Lakaien und Redakteuren, Syndizi und Deputierten mit den expropriierten Fideikommißherren verbünden: Das Kräfteverhältnis wird dadurch nicht verändert. Es bleibt ein Häuflein gegen fast das ganze Volk. Sie können die Reform nicht verhindern, können die Gesetzgebung nicht beeinflussen, wenn nicht etwa angenommen werden sollte, daß alle Vertreter des werktätigen Volkes bestechliche Kreaturen sind; und selbst dann würde die Herrlichkeit nur bis zur nächsten Neuwahl dauern, wenn nicht schon lange vorher eine Empörung die Herrschaft der Schufte fortfegt.

Die klugen Herren werden sich hüten, gegen den Niagara schwimmen zu wollen. Sie wissen, daß es gegen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ebensowenig Mittel gibt wie auf dem Warenmarkte. Sie werden froh sein, daß man sie nicht auch expropriiert, und werden sich aufs äußerste anstrengen, um an Konjunkturgewinn und Unternehmerlohn möglichst mehr zu gewinnen, als sie am Profit verlieren. Und das ist ein

noch größerer Vorteil für die Gesamtheit als für sie selbst. Sie akkumulieren in letzter Linie nur für das Volk. Und wenn ihr Profit absinkt, haben sie keine übrigen Gelder mehr, um Zeitungen zu kaufen, Gelehrte zu mieten und Volksvertreter zu bestechen.

Drittens: Es bleiben doch immer noch die großen Riesenvermögen übrig! Und Reichtum ist Macht, und Macht wird gemißbraucht! Sehen wir zu.

Ein großes Vermögen von heute besteht aus ein paar tausend Mark barem Gelde, einem Bankguthaben von ein paar zehntausend Mark, aus Schlössern, Landsitzen und städtischen Palästen mit Mobiliar und Sammlungen von hohem Wert. Außerdem aus dem „rentierenden Vermögen“: Landgütern, Bergwerken, städtischen Mietshäusern, Bauterrains, Dividendenpapieren, Hypotheken, Obligationen, Staatsanleihen. Was ist daraus geworden, wenn der Mehrwert ganz verdampft ist?

Nur diejenigen Landgüter und Bergwerke geben allenfalls noch eine „Differentialgrundrente“, die überlegene Produktivität besitzen oder dem Verkehrsmittelpunkt naheliegen. Aber ihr Gesamtertrag ist kolossal gesunken, denn der ganze „Profit“ fällt als gesteigerter Lohn an die Arbeiter. Die städtischen Häuser bringen nur noch vereinzelt eine schwache Rente, weil der Grund und Boden, auf dem sie stehen, nur noch in besonders bevorzugter Verkehrslage einen Wert hat und sich verzinst, und der Bauwert der übrigen ist fast auf Null gesunken, weil die Volksmasse bessere Wohnungen mit Garten bezahlen kann. Die Bauterrains draußen sind abgeschrieben, weil völlig unverwertbar. Die Dividendenpapiere geben nur noch vereinzelt eine Rente, insofern sie Patente besitzen oder natürliche Produktionsvorteile haben, z. B. eine Wasserkraft. Die Maschinen und Gebäude, die zur Zeit der Reform vorhanden waren, sind längst „moralisch verschlissen“, wie Marx sagt: Die Einnahmen der Übergangszeit sind zum größten Teil daraufgegangen, die immer neue, immer mächtigere Maschinerie zu erstellen.

Und die Hypotheken, Obligationen, Staatsanleihen? Ein Teil ist verloren, viele Privathypotheken auf städtische Mietshäuser und ländliche Großbesitze; die Besitzer brachen zusammen, und man schrieb lieber den Verlust ab, als das Tote auf das Lebendige zu werfen. Andere sind durch Staatshilfe in Staatsanleihen verwandelt worden. Und diese? Sind freilich gold-

sicher, „goldgerändert", denn der Staat ist reich und ein prompter Zinszahler. Leider zahlt er dennoch fast nichts mehr. In dem Maße, wie der Mehrwert sank, *hat er selbstverständlich auch seine Anleihen nach unten konvertiert.* Jetzt zahlt er noch einen Rekognitionszins, sagen wir 1 pro Mille! Bald wird er nur noch $^1/_{10}$ pro Mille bezahlen![1]

Jetzt versteht man, warum ich so leichtherzig über die berühmte Streitfrage fortgeglitten bin, ob die Expropriation mit oder ohne Entschädigung erfolgen soll. *Mit* Entschädigung, um keine Härten zu begehen, keine „wohlerworbenen Rechte" anzutasten, keine Widerstände wachzurufen. Wer aber von Marx gelernt hat, was „Kapital" ist, für den ist die Streitfrage müßig. *Die Entschädigung amortisiert sich* automatisch auf Kosten der Entschädigten! In dem Maße, wie der Mehrwert verdampft, verlieren die Entschädigten auch diesen Rest des arbeitslosen Einkommens. Darum mag man auch die Fideikommißherren ruhig auf Forstbesitz setzen: Auch ihnen schwindet die Entschädigung zwischen den Händen, wenn sie für die Forst- und Transportarbeit so viel höheren Lohn zu zahlen haben als jetzt. Sie haben wie die Staatsgläubiger eine Zeitlang ein schnell sinkendes Einkommen, und das ist gut als Übergang zur neuen Zeit, in die sie nicht passen, der sie nicht gewachsen sind; dann ist nichts mehr von den Riesenvermögen vorhanden; ihre enterbten Erben aber *sind auch Erben der neuen Zeit* und ihres allgemeinen Reichtums und hoffentlich, sonst tragen sie ein hartes Schicksal mit Recht, Erben ihrer neuen Gesinnung, die das Drohnentum tief verachtet. *Niemand strebt nach Reichtum, wenn er kein Prestige mehr bringt!*

Und die Schlösser und Sammlungen? Sie sind *fressender Besitz* und werden täglich teurer: Denn sie bedingen große Dienerschaft, und deren Lohn steigt viel stärker noch als der des selbständigen Arbeiters. Denn er muß eine starke soziale Disqualifizierung mit vergüten. Die armen Erben werden froh sein, wenn der Staat diesen Besitz als Geschenk entgegennimmt und die Sammlungen billig ankauft, für die sich keine privaten

---

[1] Wir sagten oben, es sei für die Staatskredite kein Amortisationsaufschlag erforderlich. Das gilt auch für alle privaten Obligationen und Hypotheken. Wenn die Schuldner den anfangs stipulierten Zins weiter bezahlen, während der Zinsfuß gesunken ist, amortisieren sie ihre Schuld mit größter Schnelligkeit.

Liebhaber mit Phantasiepreisen mehr finden, seit es keinen massenhaften Mehrwert mehr gibt.

Ich meine, diese radikale „Expropriation der Expropriateure“ sollte auch dem verbissensten Hasser genügen, der nicht auf dem schönen, aber kaum sehr praktischen Standpunkt des „alles muß verrungenieret sein“ steht. Mancher mag ja bedauern, daß bei dieser Methode der Überführung zum Sozialismus das Gefühl der Rache nicht befriedigt wird, der Wunsch, daß die „Ausbeuter“ einmal am eigenen Leibe erfahren möchten, wie harte Arbeit und Elend schmecken, aber er wird zugeben, daß eine allgemeine sofortige Expropriation aller Kapitalisten und Besitzenden überhaupt zu gleicher Zeit den Bürgerkrieg, die Zerstörung unzähliger Werte, die Desorganisation der Gesellschaftswirtschaft, allgemeine Not, allgemeines Elend und Entsittlichung bringen muß, und daß es für die Arbeiterschaft viel besser ist, ein sehr großes Stück vom sehr großen Kuchen einer aufs höchste entfalteten Volkswirtschaft zu erhalten, als den ganzen, aber winzig kleinen Kuchen einer verarmten und zerstörten Volkswirtschaft. Neid und Rachsucht sind üble Ratgeber. Und der reinen Drohne der Zukunft ist die öffentliche Mißachtung statt des bisherigen „Prestige“ bitterste Strafe, Strafe genug.

Viertens: Wenn Deutschland 34 statt 17 Millionen landwirtschaftliche Bevölkerung hätte, so würde diese einen so großen Teil der agrarischen Produktion selbst verzehren, daß sie für die deutschen Städter nicht mehr genügend auf den Markt liefern könnte.

Dieser Einwand läßt eine doppelte Auslegung zu. Entweder geht er von der Voraussetzung aus, daß von den 67 Millionen Deutschen, die heute im ganzen vorhanden sind, 34 Millionen auf dem Lande leben: Dann hat die Landwirtschaft nicht mehr wie heute 50 Millionen, sondern nur noch 33 Millionen Städter zu ernähren.

Oder zweitens: Man nimmt an, daß die Gesamtbevölkerung Deutschlands von 67 auf 84 Millionen Einwohner gestiegen ist, so daß 34 Millionen Landwirte wie heute 50 Millionen Städter zu ernähren hätten.

Um die letzte Auslegung zuerst zu erledigen, so ist die einfache Antwort darauf, daß bei Zugrundelegung der heutigen Ackererträge Deutschland nicht im stande wäre, 84 Millionen Menschen aus seiner eigenen Produktion zu ernähren, ganz

gleichgültig, wieviel Landwirte und wieviel Städter vorhanden sind. Es müßte in noch viel stärkerem Maße, als in der Vorkriegszeit, Korn, und vor allem Viehfutter, importiert werden. Dieser Einwand hätte also gar keinen Sinn.

Der erste Einwand hätte dagegen einen gewissen Sinn, wenn man annähme — und das würde man mit Recht annehmen —, daß der selbständige Bauer sich mit seiner Familie besser ernährt, als der Landtagelöhner. Dann würde allerdings, vorausgesetzt, daß seine Produktionsmasse die gleiche bleibt, für die Städter ein geringeres Quantum an Nahrungsmitteln übrig bleiben. Aber diese Voraussetzung, daß die Produktion die gleiche bleibt, ist unzulässig. Es unterliegt heute gar keinem Zweifel mehr — die letzten Untersuchungen von KEUP und MÜHRER haben es zur vollen Evidenz erhärtet —, daß der Bauer auf der gleichen Gesamtfläche, obwohl ein größerer Teil von ihr für Wege und Grenzen ausscheidet, sogar an Kornfrüchten und *sogar an Zuckerrüben* durchschnittlich mehr ererntet, als der Großgrundbesitzer, daß aber seine Produktivität in bezug auf Vieh und Vieherzeugnisse ganz inkommensurabel größer ist; das gilt namentlich für Schweinefleisch, Geflügel, Eier u.s.w., aber auch für Rindfleisch, also gerade für die wichtigsten tierischen Lebensmittel. Nur in der Schafzucht hat der Großbetrieb einen beträchtlichen Vorsprung: Schafzucht ist eben ein charakteristisches Zeichen des arbeitsschwachen Betriebes.

Es steht vollkommen über jeden Zweifel hinaus fest, daß der Mittelbauer, trotzdem er mit seiner Familie wesentlich besser lebt, einen fast unglaublich höheren Produktionswert zu Markte bringt, als der Großgrundbesitz.

Der Großgrundbesitz bringt lediglich mehr Korn zu Markte, weil eben der Bauer seinen größeren Überschuß an Korn auf dem Wege der Verfütterung in höherwertige Viehproduktion verwandelt. Man hat denn auch den Großgrundbesitz immer nur mit dem Hinweis auf einen möglichen Kriegszustand und die mögliche Absperrung von überseeischen Zufuhren zu verteidigen versucht. Es kann aber nach dem Dargestellten keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland, wenn es mit einer ausschließlich bäuerlichen Bevölkerung in den Krieg eingetreten wäre, selbstverständlich unvergleichlich besser mit Vieh, *aber auch mit Korn* versorgt gewesen wäre. Denn der Bauer hätte seinen Viehstand zum großen Teil abgeschlachtet und als

Fleisch verkauft und das bisher verfütterte Korn in die Städte geliefert.

Wenn einmal vom Kriege die Rede ist, so wollen wir bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die agrarische Bevölkerung Deutschlands, wenn sie durchaus aus Bauern, statt zum großen Teile aus Tagelöhnern bestanden hätte, nach der preußischen Statistik von 1908 etwa sechsmal soviel vollwehrfähige Männer hätte ins Feld schicken können; denn die durchschnittliche Wehrfähigkeit der „unselbständigen Landwirte", d. h. der Landarbeiter, war nur zirka 76% des Durchschnitts, während die durchschnittliche Wehrfähigkeit der selbständigen Landwirte — und das sind fast ausschließlich die Bauern — zirka $2^1/_2$ mal so groß war, nämlich 186%. Und da der Bauer durchschnittlich mehr als doppelt so dicht auf der Fläche sitzt, ist das Exempel leicht auszurechnen, wieviel mehr Rekruten das Land unter dieser Voraussetzung gestellt hätte.

Bei all diesen Vergleichen, die von großagrarischer Seite angestellt werden, wird der grobe logische Schnitzer begangen, daß man die best bewirtschafteten Großbetriebe mit durchschnittlichen oder gar unter Durchschnitt betriebenen Bauernbetrieben vergleicht. Man muß natürlich so vorgehen, wie KEUP und MÜHRER es getan haben, die die besten Bauernbetriebe mit den besten benachbarten Großbetrieben verglichen.

Wie können wir denn nun selbst bei derartiger Sachlage den Fortbestand des Großbetriebs in Form der Genossenschaft empfehlen?

Sehr einfach aus dem Grunde, weil alle bisherigen Vergleiche zwischen Groß- und Kleinbetrieb den *kapitalistischen* Großbetrieb ins Auge gefaßt haben, der mit interesselosen, oft genug sogar übelwollenden Landarbeitern den Acker bestellt. Der ist dem Kleinbetriebe bestimmt nicht gleichwertig. Was wir aber an seine Stelle setzen wollen, ist ein *genossenschaftlicher* Großbetrieb, der mit gehobenen, am Ertrage aufs stärkste interessierten Arbeitern wirtschaftet. Und wir haben die besten theoretischen Gründe und praktischen Erfahrungen für die Annahme, daß er alle Vorteile des jetzigen Groß- mit allen des jetzigen Kleinbetriebes verbinden und keinen ihrer Nachteile haben, und daher dem Bauernbetrieb um ebensoviel überlegen sein wird, wie dieser dem jetzigen Großbetrieb.

VIII.

Zum Schlusse noch zwei sehr wichtige Nutzanwendungen.

Seit Jahrtausenden steht die Menschheit vor der Wahl zwischen den beiden größten Gütern der Gesellschaft: der *Freiheit* und der *Ordnung.* Es scheint, als sei mit der Freiheit, vor allem der *Wirtschaftsfreiheit,* unlöslich die gröblichste Ungleichheit der Einkommens- und Vermögenslage verknüpft — und das bedeutet soziale Zersetzung, Empörung von unten, Druck von oben, Unordnung und Vernichtung. Wenn man aber dieser Charybdis entgehen will, so verfällt man der Skylla des Zwanges, den der freigeborene Mensch nicht verträgt, der die Persönlichkeit verkrüppelt — und dennoch die Ordnung nicht einmal mit Sicherheit gewährleistet. Von PLATON bis auf MARX haben die großen Denker um einen Ausweg aus diesem Dilemma gerungen. Hier liegt der Menschheit größte Not.

Sie kann aus dieser Not erlöst werden! Sie hat nicht die Qual der Wahl zwischen zwei Übeln, sondern ihr Weg liegt in blendendem Licht vor ihr, *der Weg zur Freiheit, zur vollen Freiheit.*

Noch nie hat die Menschheit die volle Wirtschaftsfreiheit am Werke gesehen. Was wir bisher als „freie Konkurrenz" bezeichnet haben, war nicht die freie, sondern die *„beschränkte"* Konkurrenz innerhalb einer von mächtigen Klassenmonopolen durchsetzten Wirtschaftsgesellschaft. Es war die Konkurrenz zwischen den Monopolisten oben und ihren Opfern, der Volksmasse, unten. Von freier Konkurrenz aber dürfen wir nur dort sprechen, wo keinerlei Monopol besteht; denn Monopol und freie Konkurrenz sind einander ausschließende Wechselbegriffe. Die getäuschte Menschheit hat der *freien* Konkurrenz ins Schuldbuch geschrieben, was die durch das Klassenmonopol *beschränkte* Konkurrenz verbrochen hat. Sie braucht nur diesen Irrtum zu erkennen — und der breite, glatte, schattige Weg aus der Hölle zum Himmel erschließt sich ihrem Auge.

Jeder Blick auf irgend einen Markt bestätigt uns die Wahrheit des Satzes, der allem wahrhaften Wirtschaftsliberalismus zu Grunde lag, jener Theorie, die noch nicht die Klassenadvokatie war, die sich später mit der edlen Flagge deckte: Die Konkurrenz führt zur Ausgleichung aller Einkommen, soweit nicht Qualifikationsunterschiede bestehen oder Monopole einspielen. Der

Schluß ist nicht abzuweisen, daß es nur an dem Vorhandensein unerkannter Monopole liegen kann, wenn das Einkommen der Kapitalisten so ungeheuerlich viel größer ist als das der Arbeiter; und daß nichts weiter erforderlich ist, als diese Monopole abzubauen. Dann müssen sich alle Einkommen ausgleichen, und nur die höhere Qualifikation wird ein wenig mehr an Lebensgenuß haben als der Durchschnitt. *Das ist für die Gesellschaft vorteilhaft*, weil es jeden zur Einsetzung seiner vollen Kräfte anspornt, jeden an die beste Stelle bringt, den belebenden Wettkampf an die Stelle einer schläfrigen Bürokratie setzt. Und das ist vor allem *gerecht:* Denn jeder soll soviel aus dem gemeinsamen Produkt erhalten, wie er dazu geleistet hat; wir wollen *alle* Ausbeutung abstellen; es soll so wenig der Schwache den Starken ausbeuten dürfen, wie umgekehrt.

Das ist die frohe Botschaft: *durch die Freiheit zur Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit.*

IX.

Sie hören die Botschaft — warum fehlt ihnen der Glaube? Warum sind sie so tief ungläubig, daß sie nicht einmal flüchtig hinschauen mögen, ob nicht vielleicht doch etwas daran sei?

Ein *Wort* steht im Wege. Nichts als ein Wort. Das Wort „Sozialismus“.

Unter Sozialismus verstehen die Führer derjenigen, an die ich mich vor allem wende, den Kollektivismus, d. h. das Streben auf die Gesellschaft ohne Markt, Preis und Konkurrenz, die „Produktion für und durch die Gesellschaft“. Sie werden, wenn sie sich einen Augenblick besonnen haben, zugeben, daß auch die Begriffsbestimmung richtig ist, die ich zu Anfang dieser Zeilen gegeben habe: „Sozialismus heißt die von allem Mehrwert erlöste klassenlose Gesellschaft der Freien und Gleichen“;[1]

---

[1] „Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse . . Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampf deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln

aber sie werden behaupten, das sei der Sache nach das gleiche: Denn um diese Gesellschaft aufzurichten, gebe es eben nur das *eine* Mittel, den Markt mit der Konkurrenz auszuschalten, die Konkurrenz führe mit Notwendigkeit zur Klassenschichtung und zur Unfreiheit.

Es ist also doch nicht ganz das gleiche. Die vom Mehrwert erlöste klassenlose Gesellschaft ist das *Ziel*, die Ausschaltung des Marktes und der Konkurrenz ist angeblich ein *Mittel* zum Ziele.

Freilich: diese logische Unterscheidung wäre praktisch gleichgültig, wenn es nur das eine Mittel zum Ziele gäbe. Dann müßte jeder Sozialist auch Kollektivist sein.

Aber gibt es wirklich nur das eine Mittel zum Ziele? Männer vom höchsten Rang haben es von jeher bestritten. Ich nenne nur die Namen St. Simon, Fourier, Proudhon, Dühring.

Worauf beruht die Meinung? *Auf einer Ausflucht der bürgerlich-advokatorischen Klassenwissenschaft*, die Marx selbst zornig als die „Kinderfibel von der ursprünglichen Akkumulation" bezeichnet hat. Sie leitete damit die Entstehung der Klassenscheidung ab. Marx hat siegreich diese Scheinbeweise zerfetzt, hat ein für allemal gezeigt, daß geschichtlich die „Produktion" des gesellschaftlichen Klassen-, des Kapitalverhältnisses *nicht* beruht hat auf der ökonomischen Konkurrenz verschieden Begabter, sondern auf „außerökonomischer Gewalt".

Und dennoch fiel Marx dieser gleichen, von ihm selbst zerstörten, haltlosen Klassentheorie des Großbürgertums zum Opfer, als er den Beweis versuchte, daß das einmal durch Gewalt „produzierte" Klassenverhältnis sich im Prozeß des Marktes und der Konkurrenz ohne Ende „reproduzieren" müsse — bis die marktlose Zukunftsgesellschaft im Schoße der kapitalistischen Mutter selbst reif geworden und zum Lichte entbunden sei.

Er fiel der Theorie zum Opfer, sage ich: Denn nur ihrer allgewaltigen Suggestionskraft kann es zugeschrieben werden, daß selbst ein Marx a priori, vor der Untersuchung, wie von einem Axiom, davon überzeugt war, daß der Sozialismus nur als Kollektivismus denkbar sei. Das war ein Vor-Urteil. Einer seiner treuesten Anhänger hat dazu geschrieben, „daß das Werk

---

allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei . . . . *dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja, wir müssten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles.*"
(Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats. 2. Aufl. S. 4.)

(das „Kapital") wissenschaftliche Untersuchung sein, und *doch eine, lange vor seiner Konzipierung fertige These beweisen will. ...* Dieser große wissenschaftliche Geist war doch schließlich Gefangener einer Doktrin".[1]

Nur diese ihrem Ursprung nach *antisozialistische* Doktrin steht dem im Wege, daß die Führer der Arbeiterschaft zum wenigsten hinhören, wenn die gute Botschaft verkündiget wird. Sie hören bloß, daß jemand die freie Konkurrenz als das Mittel der Rettung empfiehlt, und damit ist er ein- für allemal als ein „Bürgerlicher" abgestempelt, des „Liberalismus" überwiesen und als Volksfeind oder Utopist verurteilt.

Hört mich doch. Ich schelte das Urteil als falsch. Ich lege Berufung ein in höchster Not der Welt.

Nicht die „freie" Konkurrenz führt zur Klassenscheidung und zur Ungleichheit und Unfreiheit, wie die „Kinderfibel" des Antisozialismus lehrte und MARX widerlegte, sondern die „beschränkte" Konkurrenz ist alles dessen schuldig: die Konkurrenz unter einem gesellschaftlichen Monopolverhältnis.

Und nicht der Liberalismus ist der Gegensatz des Sozialismus, sondern der Pseudoliberalismus des Großbürgertums. *Der echte Liberalismus der Anfänge hat immer die Abschaffung aller Monopole gefordert*, und es ist im besten Geiste des Altmeisters ADAM SMITH, wenn ich die Abschaffung des Bodenmonopols fordere — wie er selbst das übrigens mit klaren Worten getan hat — aber solche Stellen pflegen weder Bourgeois-Ökonomist noch Sozialist zu lesen.[2] Nur der Pseudoliberalismus des Großbürgertums hat das Monopol geschützt, indem er es kunstreich versteckte.

Und darum sage ich: Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, es gebe nur einen Weg zum Sozialismus, der von allem Mehrwert erlösten, klassenlosen Gesellschaft der Gleichen und Freien: den Weg über die Ausschaltung des Marktes und der Konkurrenz. Ich will hier nicht fragen, *ob dieser* Weg überhaupt zum Ziele führen kann, aber ich behaupte, daß es einen anderen Weg gibt, den der Herstellung der freien, der endlich *wirklich freien* Konkurrenz durch Beseitigung des klassenbildenden Monopols der Bodensperrung. Und ich behaupte und

---

[1] EDUARD BERNSTEIN, „Voraussetzungen des Sozialismus", S. 177/9.

[2] Vgl. mein „DAVID RICARDOS Grundrententheorie", Berlin 1909, S. 25ff. und 215ff.

glaube, bewiesen zu haben, daß dieser Weg schneller, sanfter, leichter, gnädiger zum Ziele führt, zu höherem Reichtum und zu höherem Glück: Denn er führt auch zur vollen Freiheit, dem Lebenselement der Persönlichkeit.

Liberalismus und Sozialismus, die Gefäße der beiden großen Kulturgedanken: Freiheit und Gleichheit, sind nicht unvereinbar, wie der Kollektivismus glaubt, weil er die *beschränkte* Konkurrenz unter dem Monopolverhältnis für die *freie* Konkurrenz anschaut. Die uralte Antithese, das schwerste Dilemma der Menschheit, vor dem ein PLATON, ein SISMONDI ratlos standen, ist der Synthese fähig, ist versöhnbar. *Wahrer Liberalismus und Sozialismus sind eines und dasselbe,* die Freiheit führt zur Gleichheit und hält sie unerschütterlich aufrecht.

Noch nie, so scheint mir, hat sich der Menschheit eine herrlichere Aussicht eröffnet als die, zugleich Freiheit und Gleichheit besitzen zu können; und noch nie, so scheint mir, kam eine neue Wahrheit so zur Zeit wie jetzt. Sie allein kann es vielleicht verhüten, daß unser armes Europa ganz und gar in Trümmer sinke.

X.

Die hier vorgetragene Lehre ist die vollkommenste Bestätigung der aus der Ethik, d. h. dem durch die Vernunft bestimmten Willen, abgeleiteten Politik. Denn alles Großgrundeigentum, alle Bodensperre, mithin das Klassenmonopol, ist historisch entstanden durch außerökonomische Gewalt, durch die Gewalt des Schwertes und zuweilen durch die geistliche Gewalt der Kanzel und des Beichtstuhles. Alle Gewalt aber läuft der Vernunft zuwider, weil sie das Gesetz der Gleichheit oder der Reziprozität verletzt. Kein Wunder also, daß der Abkömmling einer gesetzlosen Zeit, in der das Faustrecht allein galt, unsere sonst durchaus auf dem Gesetz der Gleichheit aufgebaute Gesellschaftsordnung so schwer stört, wie ein Fremdkörper den Organismus, in den er eindrang. Wir haben all die Kämpfe und Krämpfe unserer argen Zeit aufzufassen als den von Fieberschauern, Konvulsionen und Delirien begleiteten Prozeß der Krankheit, die dieser Fremdkörper, dieser Rest aus einem zu positivem Recht gewordenen uralten Unrecht erzeugt hat, der Krankheit, die gleichzeitig der Versuch des Körpers ist, den

Störenfried auszustoßen. Die Ordnung, die wir suchen, kann nur auf dem Rechte, dem „richtigen Rechte“, und dieses nur auf der Vernunft ruhen.

Die Reichsleitung hat sich auf meinen Vorschlag hin entschlossen, den hier entwickelten Vorschlag im großartigsten Maße durchzuführen. Wir wollen hoffen, daß sie die Kraft besitzt, die starken Widerstände schnell zu überwinden, die auf ihrem Wege liegen. Dann dürfen wir der Zukunft Deutschlands und der Welt überhaupt mit Vertrauen und Hoffnung entgegensehen: Dann wird dieser furchtbare Krieg seinen welthistorischen Sinn enthüllt haben; dann sind die Millionen von Opfern nicht umsonst verblutet. —



Öffentliches Leben.

Eine Schriftenreihe. — Jedes Heft M. 1,20.

1. Leonard Nelson: Öffentliches Leben.
2. Hans Mühlestein: Der Neue Geist im Völkerleben und seine Durchsetzung im Friedensschluss.
3. Hans Mühlestein: Die Herrschaft der Weisen.
4. Friedrich Oehlkers: Gedanken zur Neuorientierung der Hochschulen.
5. Leonard Nelson: Vom Beruf der Philosophie unserer Zeit für die Erneuerung des öffentlichen Lebens.
6. Leonard Nelson: Vom Staatenbund.
7. Fr. Oppenheimer: Die soziale Forderung der Stunde.

—— Die Sammlung wird fortgesetzt. ——

Bestellungen auf die erschienenen und später erscheinenden Hefte nehmen alle Buchhandlungen entgegen.

Die Neue Reformation.

I. Leonard Nelson: Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen. Geh. M. 6.—.

II. Leonard Nelson: Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft. Geheftet M. 8.—.

III. Leonard Nelson: Die Reformation des öffentlichen Lebens durch die Partei der Vernunft. (In Vorbereitung.)

IV. Hans Mühlestein: Europäische Reformation. Philosophische Betrachtungen über den moralischen Ursprung der politischen Krisis Europas. Geheftet M. 6.—.

Durch die Buchhandlungen zu beziehen.
Ankündigungen über unsere Verlagswerke unberechnet.

Der Neue Geist - Verlag in Leipzig.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.